

**Satzung**  
**über den Schutz von Bäumen und Grünbeständen**  
**der Stadt Ingelheim am Rhein vom 26. November 1990**

Der Stadtrat hat aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) und des § 20 Abs. 3 des Landespflegegesetzes (LPfG) i. d. F. vom 05.02.1979 (GVBl. S. 36), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 27.03.1987 (GVBl. S. 70), BS 791-1, folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Schutzzweck**

Zweck dieser Satzung ist es, Bäume und Grünbestände

1. zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes,
2. zur Belebung, Gliederung oder Pflege des Orts- und Landschaftsbildes,
3. zur Abwehr schädlicher Einwirkungen sowie
4. zur Verbesserung des Stadtklimas

zu erhalten, zu pflegen und zu entwickeln.

**§ 2**

**Schutzgegenstand**

Diese Satzung gilt für wirtschaftlich nicht genutzte Bäume und Grünbestände außerhalb von Haus- und Kleingärten sowie außerhalb des Waldes im gesamten Gemeindegebiet, und zwar für

- a) Bäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm und mehr, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden; liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, so ist der Stammumfang unmittelbar unter dem Kronenansatz maßgebend,
- b) mehrstämmige Bäume, wenn die Summe der Stammumfänge 80 cm und mehr beträgt und mindestens 1 Stamm einen Mindestumfang von 30 cm aufweist,
- c) Ersatzpflanzungen nach § 5 dieser Satzung,

**§ 3**

**Verbotene Handlungen**

- (1) Es ist verboten, geschützte Bäume oder Grünbestände zu entfernen, zu zerstören, zu beschädigen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern. Eine wesentliche Veränderung des Aufbaues liegt vor, wenn an geschützten Bäumen oder Grünbeständen Eingriffe vorgenommen werden, die das charakteristische Aussehen erheblich verändern oder das weitere Wachstum beeinträchtigen können.
- (2) Verboten sind auch Maßnahmen und Handlungen im Wurzel- oder Kronenbereich geschützter Bäume oder Grünbestände, die zur Schädigung oder zum Absterben des Baumes oder des Grünbestandes führen können. Verboten ist es insbesondere,

- a) Grünflächen mit einer wasserundurchlässigen Decke (z. B. Asphalt, Beton, geschlossene Pflasterdecke) zu befestigen,
  - b) Abgrabungen, Ausschachtungen (z. B. durch Ausheben von Gräben) oder Aufschüttungen vorzunehmen,
  - c) Salze, Säuren, Öle, Laugen oder Farben zu lagern, auszuschütten oder auszugießen,
  - d) Gase und andere schädliche Stoffe aus Leitungen freizusetzen,
  - e) Unkrautvernichtungsmittel (Herbizide) auszubringen,
  - f) Streusalze und streusalzhaltigen Schnee/Eis auszubringen oder
  - g) Gegenstände (z. B. Bänke, Schilder, Plakate) unsachgemäß aufzustellen oder anzubringen.
- (3) Nicht unter die Verbote der Absätze 1 und 2 fallen ordnungsgemäße Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung geschützter Bäume oder Grünbestände.

#### § 4

##### Ausnahmen

- (1) Die Stadt kann Ausnahmen von den Verboten des § 3 in den Fällen zulassen, in denen die Verbote zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würden und die Ausnahme mit öffentlichem Interesse vereinbar ist. Eine Ausnahme ist zuzulassen, wenn
- a) der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes aufgrund von Vorschriften des öffentlichen Rechts verpflichtet ist, geschützte Bäume oder Grünbestände zu entfernen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern und er sich nicht in anderer zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann,
  - b) eine nach den baurechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung sonst nicht oder nur unter wesentlichen Beschränkungen verwirklicht werden kann,
  - c) geschützte Bäume oder Grünbestände, die Einwirkungen von Licht und Sonne auf Fenster unzumutbar beeinträchtigen; eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt vor, wenn Fenster so beschattet werden, dass dahinterliegende Wohnräume während des Tages nur mit künstlichem Licht benutzt werden können;
  - d) der geschützte Baum oder Grünbestand krank ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist,
  - e) von dem geschützten Baum- oder Grünbestand Gefahren für Personen oder Sachen von bedeutendem Wert ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können,
  - f) die Ausnahme aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist.
- (2) Ausnahmen können von der Stadt auf schriftlichen Antrag erteilt werden. Die Voraussetzungen für die Ausnahme sind vom Antragsteller nachzuweisen. Dem Antrag ist ein Lageplan im Maßstab 1:500 beizufügen. Im Lageplan sind die auf dem Grundstück vorhandenen geschützten Bäume und Grünbestände mit ihrem Standort unter Angabe der Art, des Stammumfanges und des Kronendurchmessers einzutragen. Die Stadt kann die Vorlage zusätzlicher Unterlagen anfordern. Die Stadt kann von der Vorlage eines Lageplanes absehen, wenn auf andere Weise die geschützten Bäume und Grünbestände, ihr Standort sowie die Art, der Stammumfang und der Kronendurchmesser ausreichend dargestellt werden (z. B. in Unterlagen zu einem Bauantrag). Besteht ein sachlicher Zusammenhang zwischen einem Bauantrag und einem Ausnahmeantrag, so ist der Ausnahmeantrag zusammen mit dem Bauantrag einzureichen.

- (3) Die Entscheidung über den Ausnahmeantrag wird innerhalb einer angemessenen Frist schriftlich erteilt. Die Entscheidung ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter und ist mit Auflagen zu Folgenbeseitigungsmaßnahmen nach § 5 zu verbinden. Von den Auflagen kann abgesehen werden, wenn die Erhaltung des Schutzzwecks nach § 1 durch anderweitige Maßnahmen sichergestellt ist.

## § 5

### Folgenbeseitigungsmaßnahmen

- (1) Wer geschützte Bäume oder Grünbestände entfernt, zerstört, beschädigt oder ihren Aufbau wesentlich verändert, hat die Schäden oder Veränderungen zu beseitigen oder zu mildern oder durch eine Ersatzpflanzung nach Abs. 2 auszugleichen, wenn Schadensbeseitigungs- oder Schadensmilderungsmaßnahmen nicht möglich sind oder die Erhaltung der geschützten Bäume oder Grünbestände nicht vollständig sicherstellen würden.
- (2) Ersatzpflanzungen sind mit wirtschaftlich nicht genutzten Bäumen außerhalb von Haus- und Kleingärten sowie außerhalb des Waldes im Geltungsbereich dieser Satzung vorzunehmen. Als Ersatz für einen Baum ist ein Baum derselben Art oder einer im Sinne des Schutzzwecks (§ 1) zumindest gleichwertigen Art mit einem Mindestumfang von 20 cm, gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden, zu pflanzen. Als Ersatz für einen Grünbestand ist ein Grünbestand derselben Artenzusammensetzung oder einer im Sinne des Schutzzwecks zumindest gleichwertigen Artenzusammensetzung zu pflanzen. Wächst die Ersatzpflanzung nicht an, so ist sie zu wiederholen.
- (3) Ist die Ersatzpflanzung ganz oder teilweise unmöglich, so ist eine Ausgleichszahlung an die Stadt zu leisten. Unmöglich ist eine Ersatzpflanzung, wenn ihr rechtliche oder tatsächliche Gründe (fachliche Gesichtspunkte eingeschlossen) entgegenstehen. Die Höhe der Ausgleichszahlung bemisst sich nach dem Wert des Baumes oder des Grünbestandes, mit dem ansonsten eine Ersatzpflanzung erfolgen müsste, zuzüglich eine Pflanzkostenpauschale von 30 % des Nettoerwerbspreises. Die Ausgleichszahlung ist zweckgebunden für Ersatzpflanzungen zu verwenden.

## § 6

### Anordnung von Maßnahmen

- (1) Die Stadt kann anordnen, dass der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes bestimmte Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung geschützter Bäume oder Grünbestände durchführt.
- (2) Die Stadt kann anordnen, dass der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte die Durchführung bestimmter Erhaltungs-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen an geschützten Bäumen oder Grünbeständen durch die Stadt oder durch von ihr Beauftragte duldet.
- (3) Die Stadt kann Folgenbeseitigungsmaßnahmen nach § 5 dem Verursacher im Sinne des § 5 Abs. 1 gegenüber sowie dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten eines Grundstückes gegenüber anordnen.

## § 7

### Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 8 des Landespflegegesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

1. den Verboten nach § 3 Abs. 1 geschützte Bäume oder Grünbestände entfernt, zerstört, beschädigt oder ihren Aufbau wesentlich verändert,
2. den Verboten nach § 3 Abs. 2 Maßnahmen und Handlungen im Wurzel- oder Kronenbereich geschützter Bäume oder Grünbestände vornimmt, die zur Schädigung oder zum Absterben des Baumes oder des Grünbestandes führen können, insbesondere

- a) Grundflächen mit einer wasserundurchlässigen Decke befestigt,
- b) Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen vornimmt,
- c) Salze, Säuren, Öle, Laugen oder Farben lagert, ausschüttet oder ausgießt,
- d) Gase oder andere schädliche Stoffe aus Leitungen freisetzt,
- e) Unkrautvernichtungsmittel ausbringt,
- f) Streusalze oder streusalzhaltigen Schnee/Eis oder
- g) Gegenstände unsachgemäß aufstellt oder anbringt,

(3) Ebenfalls ordnungswidrig gemäß § 40 Abs. 1 Nr. 8 LPflG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Folgenbeseitigungsmaßnahmen im Sinne des § 5 dieser Satzung nicht binnen einer Vegetationsperiode Folge leistet.

## § 8

### Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Ingelheim am Rhein, 26. November 1990

Stadtverwaltung

gez.: Vey  
Oberbürgermeister

1. Die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz hat mit Verfügung vom 15. November 1990 (Az.: 100-09/279/40/90) mitgeteilt, dass keine Bedenken wegen Rechtsverletzungen bestehen.
2. Die Bekanntmachung der Satzung erfolgte am 06. Dezember 1990.

Ingelheim am Rhein, 15. Januar 1991

Stadtverwaltung

gez.: Vey  
Oberbürgermeister